

Warnstreik am Flughafen Hamburg: Beschäftigte fordern mehr Rechte!

Warnstreik am Flughafen Hamburg vom 26. bis 28. Februar 2025: ver.di fordert Lohnerhöhung und bessere Arbeitsbedingungen für Beschäftigte.



Hamburg, Deutschland - In den kommenden Tagen kommt es zu einem Warnstreik am Flughafen Hamburg, der vom 26. bis 28. Februar 2025 stattfinden wird. Nach Angaben von **ver.di** beginnt der Streik mit der Nachtschicht am 26. Februar und endet mit der Spätschicht am 28. Februar. Der Streik betrifft Beschäftigte der Flughafen AG, einschließlich Instandhaltung, IT-Dienste, Flughafensicherheitsdienste, Passagierabfertigung und Gepäckbeförderung. Ausgenommen von den Maßnahmen sind die Beschäftigten der Luftsicherheit, die für die Kontrolle von Passagieren und Personal zuständig sind.

Der Hintergrund des Warnstreiks ist die Tarifrunde des Öffentlichen Dienstes. Die Gewerkschaft ver.di fordert eine

Lohnerhöhung von 8% oder mindestens 350 Euro, verbesserte Zuschläge, drei zusätzliche freie Tage sowie ein von den Beschäftigten bestimmtes Zeitkonto und einen freien Tag für ver.di-Mitglieder. Ole Borgard von ver.di äußerte Unmut in den Betrieben über das fehlende Angebot der Arbeitgeber in der zweiten Verhandlungsrunde. Auch Lars Stubbe von ver.di erklärte, dass die kurzfristige Ankündigung des Warnstreiks aufgrund von Maßnahmen des Flughafens zur Aufrechterhaltung des Betriebs erfolgt sei. Die Beschäftigten sind sich der Belastung für die Reisenden bewusst, sehen jedoch das Streikrecht als notwendige Maßnahme an.

Erweiterung der Streiks droht

Wie **Tagesschau** berichtet, sind Warnstreiks im Tarifkonflikt um öffentliche Beschäftigte bisher regional begrenzt, aber die Gewerkschaft ver.di droht mit einer Ausweitung der Streiks auf Flughäfen. Der Tarifstreit betrifft insgesamt rund 2,5 Millionen Beschäftigte von Bund und Kommunen, unter anderem aus den Bereichen Verkehr, Müllabfuhr und Kitas. Christine Behle, stellvertretende ver.di-Vorsitzende, fordert die Arbeitgeber zur Vorlage eines Angebots auf und warnt vor einer deutlichen Ausweitung der Streiks, falls kein Angebot erfolgt. Bereits jetzt haben Warnstreiks in mehreren Regionen, wie Berlin und Rheinland, zu Störungen bei Pendlern und Erziehern geführt.

Die nächste Verhandlungsrunde ist für den 17. und 18. Februar angesetzt, nachdem die erste Tarifrunde am 24. Januar ohne Ergebnis blieb. Die Gewerkschaften verlangen weiterhin 8% mehr Lohn oder mindestens 350 Euro sowie zusätzliche freie Tage. Die Arbeitgeber kritisieren die Warnstreiks als „unverhältnismäßig“. Bundesinnenministerin Nancy Faeser bezeichnete die aktuelle Tarifrunde als „schwierig“, zeigt jedoch Hoffnung auf eine Einigung.

Vorfall	Streik
Ursache	Tarifrunde des Öffentlichen Dienstes
Ort	Hamburg, Deutschland
Quellen	• hamburg.verdi.de • www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de